

»Krieg ist keine Berufsperspektive«



Hamburg (ND-Witt-Stahl). Sprechchöre wie »Nur Banken und Konzerne sehen Kriegseinsätze gerne« waren am Samstag in den Hamburger Messehallen zu vernehmen. Rund 20 Mitglieder der Linkspartei-Jugend [solid], der Sozialistischen Linken (SoL) und anderer antimilitaristischer Gruppen überraschten die Militärs des Bundeswehr-Stands auf

der Jobmesse »Einstieg – Hamburgs Messe für Berufsausbildung und Studium« mit einer Aktion gegen »Krieg als Berufsperspektive«. Einige Demonstranten blockieren die Zugänge mit Bannern, auf denen »Keinen Fußbreit der Bundeswehr!« zu lesen war. Andere verteilten Flugblätter in der Menschenmenge, die sich zwischenzeitlich vor dem Stand ver-

sammelt hatte. Der Sicherheitsdienst griff nicht ein. Nach rund 15 Minuten und der Androhung eines Polizeieinsatzes durch die Messeveranstalter verließen die Aktivisten das Gelände.

»Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere«, rechtfertigte Christin Bernhold, Sprecherin der Hamburger Linksjugend die Aktion. Je untragbarer

die deutschen Militäreinsätze, desto aggressiver würden die Streitkräfte mit kostenlosen Abenteuer-Events und Sportwettkämpfen werben. »Damit wird in Zeiten wachsender Armut die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher ausgenutzt, um sie zu Zahnradern in der Kriegsmaschinerie zu machen«, erklärte Bernhold gegenüber ND. »Antimilitaristische Pro-

teste müssen daher auch die Rekrutierungs- und Sympathiefeldzüge der Armee einbeziehen.« Die Demonstration fand im Rahmen der landesweiten Linksjugend-Kampagne »Mit Kapitalismus ist kein Frieden zu machen!« statt, die Mitte Februar gestartet ist.

Foto: Witt-Stahl

www.antimilitarismus.de.de

Zwangsarbeit auf dem Land

Ausstellung in Bayern

Maxhütte-Haidhof (dpa/ND). Mit einer Ausstellung über Zwangsarbeit in ländlichen Gebieten soll in der Oberpfalz an das Leid von Millionen von Zwangsarbeitern erinnert werden. Die Ausstellung der Berliner Projektgruppe Zwangsarbeit soll als Pilotausstellung dienen, künftig soll es ähnliche Ausstellungen auch in anderen Regionen geben. Interesse gebe es bereits aus Erfurt, sagte am Samstag Kurator Jan Jansen aus Anlass der Eröffnung. Es sei aber noch unklar, ob sich ausreichend Sponsoren für die jeweiligen Projekte finden.

Die Geschichtsausstellung mit rund 100 Schautafeln ist zunächst bis 28. März in der Hüttenschänke des ehemaligen Eisenwerks in Maxhütte-Haidhof zu sehen. In dem Stahlwerk mussten viele bis 1945 Zwangsarbeit leisten. In größeren Städten sei seit den 80er Jahren das Thema Zwangsarbeit oftmals schon aufgearbeitet worden, erklärte Jansen die Idee der Ausstellung. »In ländlichen Regionen ist dazu sehr wenig gelaufen.«

Die Historienausstellung trägt den Titel »Städtedreieck unterm Hakenkreuz – NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum«. Das Städtedreieck bezieht sich dabei auf die Orte Maxhütte-Haidhof, Teublitz und Burglengenfeld im Landkreis Schwandorf. Es geht den Ausstellungsmachern auch wesentlich um die Auseinandersetzung mit dem umstrittenen Industriellen Friedrich Flick, der als Maxhütte-Eigentümer lange wichtiger Arbeitgeber in der Region war. Im vergangenen Jahr war in Maxhütte-Haidhof eine Initiative gescheitert, die die nach dem verurteilten NS-Verbrecher benannte »Friedrich-Flick-Straße« umbenennen wollte.

projektgruppe-zwangsarbeit.de

Wiederverstaatlichung in Hessen

Öffentliche Straßenmeisterei ist qualitativ besser und billiger als ein Privatbetrieb

Von Hans-Gerd Öfinger

Das Land Hessen verwirft ein Thüringer Privatisierungsmodell, da die landeseigenen Straßenmeistereien kostengünstiger arbeiten.

»Hessen lässt Versuch mit privater Straßenmeisterei auslaufen«, verkündete dieser Tage die Pressestelle des FDP-geführten hessischen Wirtschaftsministeriums eine für hessische Begriffe nicht alltägliche Kurskorrektur in Sachen Privatisierung: »Hessens einzige private Straßenmeisterei in Groß-Umstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg) wird wieder reguläre Behörde.«

Wie Wirtschaftsminister Dieter Posch weiter mitteilte, soll der im Sommer 2007 begonnene Modellversuch zur Privatisierung des Betriebs Ende September 2010 planmäßig auslaufen. Der Versuch sei »ergebnisoffen angelegt« gewesen und sollte »Aufschluss darüber geben, ob die Übertragung an private Auftragnehmer auf diesem Gebiet Vorteile bringt«, so

Posch. Dabei hätten sich die in der Landesverwaltung verbliebenen Referenz-Straßenmeistereien in Friedberg und Hofheim »im Vergleich als kostengünstiger und besser erwiesen«, so der Liberale. Nun herrsche Klarheit und sei »die Beendigung des Versuchs folgerichtig«, stellte der Minister fest. Ende Januar hatte sich ein Kabinettsausschuss den Empfehlungen des Lenkungsausschusses im Wirtschaftsministerium angeschlossen und somit den Weg für die Wiederverstaatlichung geebnet. Die verzögerte Bekanntgabe deutet allerdings darauf hin, dass sich nicht alle neoliberalen Hardliner im Umfeld von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) damit anfreunden konnten, zumal Koch auf gewerkschaftliche Forderungen nach einer Landesbeteiligung etwa am angeschlagenen Opel-Konzern stets mit seinem Credo geantwortet hatte: »Der Staat ist ein schlechter Unternehmer.«

Die Straßenmeisterei Groß-Umstadt ist für ein Netz von rund 350 Kilometer Straßen sowie Parkplät-

ze und Radwege im südöstlichen Hessen zuständig und besorgt Grünpflege, Reinigung, Winterdienst und Instandhaltung. 2007 hatte die Thüringer Straßenwartungs- und Instandhaltungsgesellschaft mbH (TSI) den Betrieb übernommen. Die TSI war aus der in den 1990er Jahren eingeleiteten Privatisierung der Thüringer Straßenmeistereien entstanden und kommt im Freistaat in 16 von 17 Landkreisen zum Zuge. Sie gehört seit 2002 dem Baukonzern Strabag und dem Bauunternehmen Bickhardt. Strabag sieht sich als »Marktführer im deutschen Verkehrswegebau« und ist nach Medienberichten über seine Tochter Züblin auch am Bau der Kölner U-Bahn beteiligt, der jüngst in die Schlagzeilen gekommen ist.

Vor dem Verkauf der Straßenmeistereien hatte das Land Thüringen hier rund 300 Arbeitsplätze gestrichen. »Das mit der Privatisierung des Straßenbetriebsdienstes verfolgte Ziel einer nachhaltigen Kostensenkung wurde bisher verfehlt«, beanstandet al-

lerdings der Thüringer Landesrechnungshof. Die Ausgaben für den Winterdienst auf den Landesstraßen hätten sich seit der Winterperiode 2001/2002 mehr als verdoppelt.

Ähnliche Erfahrungen mit der TSI machten nun auch die Hessen. Auch wenn Minister Posch keine konkreten Zahlen nannte, gehen Insider davon aus, dass unter TSI-Regie die Kosten in Groß-Umstadt um 30 bis 40 Prozent höher gelegen haben als bei den öffentlichen Referenzmeistereien in Friedberg und Hofheim.

»Öffentlich ist wesentlich – qualitativ besser und auch kostengünstiger«, bilanziert die Gewerkschaft ver.di in Hessen das Ergebnis des Groß-Umstädter Modellversuchs: »Wir können es besser!« Die Gewerkschaft sieht sich damit in ihrem Engagement gegen Privatisierungen bestätigt: »Staatliche Dienstleistungen überzeugen durch Qualität, sind sogar kostengünstiger und brauchen keinen Vergleich mit der Wirtschaft scheuen.«

Magdeburger Tandem

Integrationsprojekt für junge Migranten

Magdeburg (dpa/ND). Hätte nicht die eine nach Hilfe gesucht und die andere ihre Hilfe angeboten – von selbst wären sich Randa Malla Yahya und Manuela Rudolph vermutlich nie näher gekommen. Die zurückhaltende 18-jährige Schülerin aus Syrien mit schwarzem Kopftuch und die lebhaft 30 Jahre ältere Finanzsachbearbeiterin aus Gommern könnten unterschiedlicher kaum sein. Randa ist erst seit gut zwei Jahren in Deutschland, macht in diesem Jahr ihren Realschulabschluss, und Manuela Rudolph wollte sich ehrenamtlich engagieren. Das Integrationsprojekt »Magdeburger Tandem« der Caritas führte sie zusammen. Seitdem begleitet die patente Deutsche die Syrerin im Alltag. Es ist eine von 28 Partnerschaften in der Landeshauptstadt.

Für Manuela Rudolph war es der erste Schritt ins Ehrenamt. »Mir war wichtig, dass die, die herkommen, wirklich Hilfe brauchen«, sagt die 48-Jährige. Im Mai trafen sich die beiden zum ersten Mal. Von der Begeisterung ist noch nichts gewichen, wenn sie davon erzählt. »Ich

kam in die Wohnung der Familie, stand im Flur und aus allen Türen strömten Kinder. Da dachte ich mir: »Wow, eine richtige Großfamilie, das ist das, was ich jetzt brauche!«. Offen und herzlich sei sie aufgenommen worden. Ihre Aufgabe offenbarte sich gleich: Randa hatte massive Sprachprobleme.

»Die Sprache ist das Wichtigste. Manche sind erst ein paar Monate in Deutschland«, erklärt die Leiterin des Caritas-Projekts, Melissa Henniges. Sie vermittelt Partnerschaften zwischen Jugendlichen aus zugewanderten Familien im Alter von 14 bis 27 Jahren und ehrenamtlichen Deutschen. Diese sollen den Jugendlichen für Gespräche zur Verfügung stehen, bei schulischen Problemen helfen oder bei der Ausbildungsplatzsuche.

Projektleiterin Henniges sagt, dass die Vielfalt unter den Jugendlichen – viele kommen aus Syrien, Irak, dem Kosovo und Vietnam – genauso groß ist wie die bei den Ehrenamtlichen. Vom Studenten bis zum Rentner und quer durch die Berufsgruppen engagieren sich verschiedene Menschen.

Wasserwerke Leipzig klagen gegen Banken

Leipzig (dpa/ND). Im millionenschweren Finanzskandal der Kommunalen Wasserwerke Leipzig (KWL) hat der KWL-Aufsichtsrat beim Landgericht Leipzig Klage gegen die beteiligten Banken eingereicht. Diese Entscheidung sei bei der Aufsichtsratssitzung am Freitagabend getroffen worden, teilte das Unternehmen mit. Die ehemaligen KWL-Geschäftsführer hätten mit den ihnen zur Last gelegten hoch spekulativen Finanzwetten ihre Befugnisse deutlich überschritten. Das sei auch den Banken

bewusst gewesen, heißt es in der Mitteilung. Die Wasserwerke wollen mit der Klage erreichen, dass die Finanzgeschäfte im Nachhinein für unwirksam erklärt werden.

Thüringen will Staatswald schonen

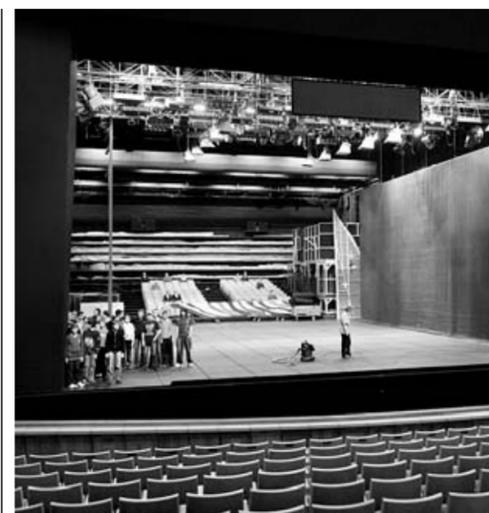
Erfurt (dpa/ND). Thüringen will nach den schweren Schäden durch das Orkantief Kyrill in den kommenden Jahren den Staatswald schonen. »Vorrangige Aufgaben sind die Wiederbewaldung der Kahlflecken und der ökologische Waldumbau mit Blick auf den laufenden Klimawandel«, sagte Umweltminister Jürgen Reinholz

(CDU) am Sonntag. Im vergangenen Jahr wurden in Thüringen laut Ministerium rund zwei Millionen Kubikmeter Holz geschlagen, davon die Hälfte im Staatswald. 2010 sollen in den staatlichen Wäldern knapp 1,1 Millionen Kubikmeter abgeholzt werden. Das sei deutlich weniger als in den Vorjahren, wo rund 1,4 Millionen Kubikmeter geschlagen wurden.

Gericht schließt Schützenhaus

Pößneck (dpa/ND). Das Oberverwaltungsgericht in Weimar (Thüringen) hat bis auf weiteres Partys und Konzerte der rechtsextremen

Szene im Schützenhaus Pößneck verboten. Grund seien erhebliche Mängel beim Brandschutz in dem Gebäude, teilte das Landratsamt des Saale-Orla-Kreises am Samstag mit. Der Beschluss ist laut Landratsamt nicht anfechtbar. Ein für diesen Samstag angekündigtes Konzert mit rund 150 Neonazis fällt nach der Entscheidung aus. Anfang Februar hatten sich im Schützenhaus noch Rechte zu einem als private Feier deklarierten Rockkonzert getroffen. Der im vergangenen Oktober verstorbene NPD-Funktionär Jürgen Rieger hatte das Schützenhaus Pößneck 2003 über eine Londoner Stiftung gekauft und für einen NPD-Parteitag genutzt.



Kinder spielen Oper

40 Leipziger Schüler verschiedener Herkunft und Befähigung im Alter von 12 bis 14 Jahren entwickeln an der Leipziger Oper gemeinsam mit dem Kinderchor das musikalische Theaterstück »Monsieur Mathieu, was wird?« Foto: dpa